




**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages


Bettina Hagedorn, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Fehmarnsches Tageblatt  
Burg-Verlag GmbH & Co. KG  
-Redaktion-  
Gertrudenthaler Straße 3  
23769 Fehmarn

**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**

**Paul-Löbe Haus**  
**Raum 5.640**

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

**per Mail an: [redaktion@fehmarisches-tageblatt.de](mailto:redaktion@fehmarisches-tageblatt.de)**

Berlin, 06.12.2012  
FS

**Stellungnahme zur Abstimmung im Bundestag über die Rettungsmaßnahmen für Griechenland am 30. November 2012, zum Statement von Ingo Gädechens zur „Anpassung des Griechenland-II-Programms“ im FT dazu sowie zum Leserbrief von Frau Dr. Barbara Bumann vom 4. Dezember 2012**

Frau Dr. Bumann hat in ihrem Leserbrief am 4. Dezember wichtige Fragen gestellt, die ich ihr in einem separaten Schreiben sehr ausführlich beantworten werde. Der hier zur Verfügung stehende Raum reicht dazu leider nicht aus - daher das Wichtigste vorneweg:

Ja, ich habe am 29. Juni 2012 dem ESM-Vertrag und dem Fiskalpakt im Bundestag zugestimmt und ebenso der „Nachbesserung“ des Griechenland-II-Paketes am 30. November 2012, wenn auch zuletzt – wie den Medien zu entnehmen war – mit großen Bauchschmerzen innerhalb der gesamten SPD-Fraktion. Warum die „Bauchschmerzen“? Zu kritisieren ist die Unehrlichkeit der Bundesregierung angesichts der aktuellen Lage nicht nur wegen der Konsequenzen und mangelnden Vorsorge für den eigenen Bundeshaushalt, sondern auch die unangemessene Hektik der Abstimmung im Bundestag – alles sollte möglichst „geräuschlos“ vor dem Bundesparteitag der CDU „über die Bühne gehen“.

Ich bin seit nunmehr über zehn Jahren Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, der federführend seit vier Jahren für die Euro- und Finanzkrise verantwortlich ist. Als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion sehe ich diese Themen – die EFSF, den ESM, den Fiskalpakt sowie die Debatten und Entscheidungen bei den zu bewilligenden Tranchen für Griechenland, Portugal und Irland – in Berlin u.a. als meine Schwerpunkt-Arbeitsgebiete an. Deswegen, und weil ich mich auf offiziellen Delegationsreisen des Haushaltsausschusses nicht nur 2012 in Athen, Lissabon, Madrid und

Brüssel im Gespräch mit Abgeordneten, Ministerien, Gewerkschaften, Sozialversicherungsträgern und Zentralbanken „schlau“ gemacht habe, muss ich feststellen: Die bis jetzt in Abstimmung mit der Troika getroffenen Maßnahmen in Griechenland haben leider nicht zur Stabilisierung geführt. Die Rezession der griechischen Wirtschaft ist fatalerweise nicht gestoppt, die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Armut breitet sich aus. Der Schuldenberg wächst unaufhörlich. Es ist inzwischen von vielen anerkannt, dass Griechenland zwar die härtesten Maßnahmen beschlossen und bereits in Teilen umgesetzt hat, die je ein europäischer Staat ergriffen hat – dennoch ist für die Menschen in Griechenland kaum Licht am Ende des Tunnels.

Als ich im Dezember 2010 in offizieller Mission in Athen war und Herrn Strauss-Kahn im griechischen Parlament lauschte, als er die Reform-Rezeptur der Troika vorstellte, da notierte ich in meinem offiziellen Bericht deutliche Zweifel, ob die Analysen und Reformmaßnahmen für Griechenland in dem beschlossenen Zeitraum überhaupt umsetzbar sein würden. Ich glaube nicht, dass es den Griechen an Reformbereitschaft fehlt, auch nicht an der Bereitschaft, „den Gürtel enger zu schnallen“ oder am Willen, Mitglied der EU zu bleiben – aber Fakt ist, dass der Staatsapparat in Athen so verkrustet ist, dass Vetternwirtschaft und Korruption seit langer Zeit blühen, dass wenige Familien die Politikszene beherrschen und eine reiche Clique in Politik, Wirtschaft und Finanzwesen vorrangig das eigene Wohl sucht – die SPD bezweifelte schon 2010, dass es Griechenland 2014 gelingen könnte, eigenständig an die Kreditmärkte zurückkehren zu können. Das war aber das erklärte Ziel der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds.

Der aktuelle Bericht der Troika listet detailliert auf, welche der im Februar 2012 auf europäischer Ebene für Griechenland vereinbarten Maßnahmen verwirklicht wurden - und bescheinigt Griechenland die Umsetzung ALLER 72 Punkte. Darunter sind massive soziale Eingriffe - wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab 1.1.2013 (in Deutschland ab 2029!), die Entlassung von Angestellten der öffentlichen Verwaltung und deutliche Einschnitte beim Kündigungsschutz - um nur drei Maßnahmen zu nennen. Fakt ist: Die Finanzhilfe für Griechenland in dieser Situation abzulehnen hätte bedeutet, dass Europa jede Glaubwürdigkeit verloren hätte. Es geht eben nicht, Griechenland erst Auflagen zu machen und dann - wenn diese Auflagen unter größten Anstrengungen und Entbehungen erbracht werden – die zugesagte Unterstützung zu versagen. Das wäre unverantwortlich und das Ende der europäischen Integration.

Aber klar ist: die Maßnahmen reichen für eine langfristige Konsolidierung nicht aus. Es reicht NICHT, im Sozial-, Renten- und Gesundheitsbereich einschneidende Maßnahmen

durchzuführen, wenn die europäischen Finanzminister nicht gleichzeitig energisch dafür sorgen, eine wirksame Kapitalflucht aus Griechenland zu verhindern, das aus dem Land geschaffte Vermögen einzufrieren und die Vermögenden in größerem Umfang an den Konsolidierungsmaßnahmen in Griechenland zu beteiligen. Wir Sozialdemokraten halten eine solche Beteiligung sowohl gegenüber der griechischen als auch der deutschen Bevölkerung für unerlässlich und erwarten eine derartige Initiative von der Bundesregierung – bislang leider vergeblich!

Ebenso ist es eine zentrale Frage von Gerechtigkeit, dass die EU-Politik den Finanzsektor als Krisenverursacher konsequenter an den Konsolidierungsmaßnahmen beteiligt, anstatt alles beim europäischen Steuerzahler „abzuladen“. Z.B. hat die nationale Bankenabgabe von Schwarz-Gelb 2011 anstelle von – laut regierungseigenen Prognosen - 1,3 Mrd. Euro trotz Rekordgewinnen der Banken weniger als die Hälfte eingebracht: viel zu wenig, um die Risiken eines Zusammenbruchs großer, systemrelevanter Banken abdecken zu können! Die SPD fordert daher: Einen europäischen Bankenfonds, der über ausreichend Mittel für die Rekapitalisierung, Restrukturierung und geordnete Abwicklung von systemrelevanten Banken verfügen muss. Dieser Bankenfonds muss nicht von den Staaten bzw. Steuerzahlern, sondern eben von den Banken mit einer Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz und dem Risikoprofil der Banken richtet und nicht nur nach der Bilanzsumme wie bisher. Durch diese „Besteuerung“ der Systemrelevanz würde auch das „Erpressungspotenzial“ der Banken auf die Politik wirksam verringert. Besonders bitter: Seit Jahren fordert die SPD die Einführung der Finanztransaktionssteuer – also eine Umsatzbesteuerung von Finanzgeschäften, die einerseits Spekulanten zur Steuer heranzieht und gleichzeitig öffentliche Einnahmen erbringt, mit denen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung von wichtigen Investitionen finanziert werden können. Und genau dieses – nämlich die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Euroraum ebenso wie die Verabschiedung von Konjunkturprogrammen und Maßnahmen für Jugendarbeitslosigkeit in Europa – hat der Bundestag auf Initiative von SPD und Grünen im Juni 2012 beschlossen, als die Regierung eine 2/3 Mehrheit im Bundestag für den Fiskalpakt brauchte ... nur: die beschlossene Initiative in Brüssel hat Frau Merkel seitdem leider trotzdem nicht ergriffen. Ausführlich dargestellt ist eine solche gerechte Neuverteilung der Lasten in der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa von Peer Steinbrück in seinem aktuellen Konzept, auf dessen Aussagen als Fachmann man sich verlassen kann – auch wenn Herr Gädechens anderes schreibt.

*Klar ist also: die erforderlichen Maßnahmen zur sozialen Balance in Europa bei der Refinanzierung der Kosten der Eurokrise verfolgt Kanzlerin Merkel mit Finanzminister Schäuble nicht erkennbar – aber darf man deshalb als deutsche Opposition „Nein“ zur Unterstützung der Griechen sagen? Das gilt umso mehr, als die Lösung der Probleme in Europa ganz vorrangig auch im ureigensten Interesse Deutschlands sind – uns kann es als Exportnation nur gut gehen, wenn es auch unseren europäischen Nachbarn gut geht! Und deshalb habe ich am 30. November – trotz aller „Bauchschmerzen“ – mit JA gestimmt.*

*Bitter bleibt dabei, dass Schwarz-Gelb bei der Abstimmung im Bundestag einen völlig unangemessenen Zeitdruck entwickelt hat, der mehr mit der Sorge vor einer Gefährdung der „Krönungsmesse“ auf dem CDU-Parteitag zu tun hatte, als mit den Notwendigkeiten in Europa. Denn erst am 12./13. Dezember wird erkennbar sein, ob das Schuldenrückkaufprogramm der Griechen am Finanzmarkt erfolgreich sein wird – dieses ist allerdings die Vorbedingung des Internationalen Währungsfonds dafür, ob sich dieser in der zugesagten Höhe überhaupt an der Aufstockung des Griechenland-II-Paketes beteiligt. Zwar hat Schwarz-Gelb die Abstimmung im Bundestag immerhin auf Druck der SPD vom 29. auf den 30. November verschoben. Das war aber – wenn man ehrlich ist - objektiv immer noch nicht ausreichend.*

*Zur Erinnerung: am 19.11. führte der Haushaltsausschuss eine mehrstündige Expertenanhörung zum komplexen Thema „Umsetzung des Fiskalpaketes“ durch – einen Tag später wurde das schwergewichtige Thema schon abschließend im Bundestag abgestimmt. Bereits einen Tag darauf beschäftigten sich die Fraktionen in Berlin in Sondersitzungen mit der „Griechenlandhilfe“ – aber genaue Informationen gab es nicht wegen der Hängepartie auf EU-Ebene, für die auch Finanzminister Schäuble verantwortlich war. Parallel debattierte der Bundestag den Bundeshaushalt 2013, der NULL Vorsorge für das kommende Jahr für diese Griechenlandhilfe vorsah, obwohl es längst „die Spatzen von den Dächern pfeifen“, dass (nicht nur) die Griechenlandhilfe 2013 den Bundeshaushalt milliardenschwer belasten würde. Haushalt der Wahrheit und Klarheit? Erfolglos forderte die SPD damals, die Schlussabstimmung über den Bundeshaushalt deswegen statt am 23. November um maximal eine Woche zu vertagen – Peer Steinbrück wörtlich am 21.11. im Bundestag: „Alles kostet Geld. Alles betrifft diesen Bundeshaushalt. Deshalb wäre es angemessen, dass Sie bei diesen Unwägbarkeiten die Verabschiedung dieses Haushaltsentwurfes so lange verschieben, bis in Europa Klarheit ist.“ Aber Pustekuchen!*

*Am 23. November abends – wenige Stunden nach der Schlussabstimmung über den Bundeshaushalt 2013 – nahm ich 1 ½ Stunden an einer Telefonschaltkonferenz des Finanzministeriums wegen der Griechenlandhilfen teil – schon da war klar: die*

*Abstimmungen in Brüssel und die Übermittlung der Unterlagen in deutscher Sprache an den Haushaltsausschuss würden vermutlich eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses zu diesem Thema am 29.11. notwendig machen. Es kam wie gedacht: Die Beschlüsse der Euro-Gruppe standen erst in der Nacht auf den 27. November fest – die mehrere Zentimeter dicken Unterlagen dazu „trudelten“ im Laufe des 28.11. ein. Der Haushaltsausschuss tagte zu dem Thema ab 14 Uhr, der Troika-Bericht erreichte die Abgeordneten in deutscher Sprache um 12.42 Uhr, das neu gefasste Memorandum of Understanding erreicht die Haushälter als Tischvorlage (!) während der Sitzung – wohlgemerkt: eine extrem umfangreiche Vorlage. Nach dem Zeitplan von Schwarz-Gelb sollte der Bundestag dennoch am 29.11. abstimmen – ein Hohn nicht nur angesichts der jüngsten Verfassungsgerichtsurteile! Der eine Tag Aufschub, den die SPD erreichen konnte, war hilfreich – mehr nicht!*

Festzuhalten ist: Nur eine Woche, nachdem Schwarz-Gelb trotz aller Bedenken im Eiltempo den Haushalt 2013 wider besseren Wissens mit angeblich NULL Belastung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen hat, müssen (absehbar!) durch Zinssenkungen und Laufzeitverlängerungen für Darlehen auf europäischer Ebene nachträglich außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 600 Mio. Euro 2013 und Verpflichtungen für 2014 in Höhe von 530 Mio. Euro in den Haushalt einkalkuliert werden – aber im Bundeshaushalt steht nicht ein einziger Cent von diesen knapp 1,2 Mrd. Euro!. Von 2013 – 2020 werden sich diese Belastungen vorhersehbar auf mindestens 2,74 Mrd. Euro auftürmen.

Angesichts dieser (überprüfbaren!) Tatsachen ist es vielleicht nachvollziehbar, dass der Unmut innerhalb der SPD-Fraktion – und auch bei mir ganz persönlich – bei der Abstimmung im Bundestag enorm war. Aber sollten wir den Griechen wider besseren Wissens die Solidarität verweigern, nur weil Schwarz-Gelb erneut die solide und gewissenhafte parlamentarische Beratung ad absurdum geführt hatte? Klar ist: Kein Land in Europa würde absehbar unter einem Scheitern Griechenlands oder anderer europäischer Nachbarn so leiden wie die Exportnation Deutschland, die immer noch deutlich mehr als die Hälfte ihrer Exporte innerhalb Europas vertreibt - davon hängen ganze Branchen und Betriebe ab ... mit zahllosen Arbeitsplätzen.

*Bitter ist, dass wir im Bundestag in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung machen mussten, dass diese Bundesregierung wichtige europäische Entscheidungen nach dem Terminkalender von Wahlen trifft – was zu Lasten des deutschen Steuerzahlers geht. Beim 1. Hilfspaket für Griechenland hieß es im Bundestag 2010 von Schwarz-Gelb noch*

*angesichts der NRW-Wahl: „Kein weiterer Cent für Griechenland“! Das war schon damals ebenso falsch wie es auch heute populistisch ist, einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland (den der International Währungsfonds als wichtiges Troika-Mitglied und Finanzier fordert) brüsk abzulehnen – reine Verzögerungstaktik der Bundesregierung angesichts der nahenden Wahlen in Niedersachsen, Bayern und für den Bundestag anstatt die von der EZB, dem IWF und der Bundesbank vorgeschlagene Maßnahme zu akzeptieren.*

Jeder weiß: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein Schuldenschnitt für Griechenland unausweichlich sein wird – die Merkel-Regierung hofft auf „den Tag der Wahrheit“ NACH der Bundestagswahl. Und was sagt Herr Gädechens in seinem Statement vom 4.12. im FT zu diesem Thema? „Es gehört zur Ehrlichkeit dazu...“

DER FT-LESER HAT DAS WORT

## „Die Entscheidung nicht leicht gemacht“

In einem offenen Brief wendet sich Dr. Barbara Bumann an die Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn (SPD) und Ingo Gädechens (CDU) und bittet um Stellungnahmen zum beschlossenen Rettungspaket für Griechenland im Bundestag, zu dem sich Ingo Gädechens am Freitag geäußert hat:

„Sehr geehrte Frau Hagedorn, sehr geehrter Herr Gädechens,

am Freitag wurde im Bundestag das jüngste in Brüssel beschlossene Rettungs-

paket für Griechenland verabschiedet. Damit hat der Bundestag nun zum ersten Mal zugestimmt, Griechenland nicht nur Kredite in Form von Garantien zu gewähren, sondern tatsächlich direkte Zahlungen beschlossen.

Ich bin überzeugt, Sie haben sich Ihre Entscheidung nicht leicht gemacht und sich als verantwortungsvolle Volksvertreter umfassend über die finanziellen Folgen für unser Land beziehungs-

weise für die deutschen Steuerzahler informiert.

Bitte beantworten Sie mir daher freundlicherweise die folgenden Fragen:

1. Wie haben Sie als gewählte Volksvertreter des Kreises Ostholstein in dieser Frage abgestimmt? Fühlten Sie sich gut informiert und hatten Sie genug Zeit, eine wohlgedachte Entscheidung zu treffen?

2. Sind die rund 25 Milliarden Euro, auf die Deutschland damit langfristig für Griechenland ver-

zichtet, eigentlich in den 190 Milliarden, die das Bundesverfassungsgericht kürzlich als Obergrenze festgelegt hat, enthalten? Oder sind es zusätzliche 25 Milliarden?

3. Wie hoch sind konkret die haushaltsspezifischen Belastungen, die aus diesem Rettungspaket resultieren und wie ist deren zeitliche Verteilung über die nächsten Jahre geplant?

4. In welchen Bereichen des Bundeshaushaltes sehen Sie nach der kommen-

den Bundestagswahl die größten Einsparpotenziale, um diese fehlenden Milliardensummen auszugleichen?

5. Wann rechnen Sie damit, als Bundestagsabgeordnete über das nächste Rettungspaket in der nächsten Sondersitzung des Bundestages abstimmen zu dürfen?

6. Halten Sie unsere Sparanliegen für sicher und gilt die Garantieerklärung von Frau Merkel und Herrn Steinbrück aus dem Jahre

2008 eigentlich immer noch?

Da ich überzeugt bin, dass sich viele Leser des Fehmarnschen Tageblattes für Ihre Antworten interessieren, bitte ich Sie höflich um eine Veröffentlichung derselben in dieser Zeitung.“

Dr. Barbara Bumann  
Middeldorfer  
23769 Fehmarn

Leserbriefe geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Kürzungen vorbehalten.